



Schnellinformation

Nr. 01 7. Januar 2021

- P 5161582** **Deutschland - Ländersache?! : 30 Jahre deutsche Einheit und Föderalismus /** Jens Bul-
Online-lerjahn, Wolfgang Renzsch, Ringo Wagner (Hrsg.) ; by Friedrich-Ebert-Stiftung Landes-
Ausgabe büro Sachsen-Anhalt. - Magdeburg : Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen-An-
halt, [2020]. - 463 Seiten : Diagramme, Illustrationen, Karten. - Mit Beiträgen von Kurt
Beck, Matthias Platzeck, Bodo Ramelow, Wolfgang Tiefensee, Michael Müller, Olaf
Scholz, Wolfgang Schäuble, Sigmar Gabriel, Franz Müntefering, Franziska Giffey, Ru-
dolf Scharping, Manuela Schwesig, Volker Bouffier, Anja Hajduk, Carsten Schneider,
Eckhardt Rehberg und anderen
- Die Reformen des Föderalismus in Deutschland seit der Wiedervereinigung werden hier
von Politikerinnen und Politikern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern
mit ihren sozial, finanz- und kulturpolitischen Auswirkungen dargestellt. (es)
- M 5113228** **Landeswahlrecht : Wahlrecht und Wahlsystem der deutschen Länder /** Roman Kaiser,
Fabian Michl (Hrsg.). - 1. Auflage. - Baden-Baden : Nomos, 2020. - 503 Seiten
- In dem Sammelband wird, nach einer Einführung in die theoretischen und historischen
Grundlagen sowie die grundgesetzlichen Vorgaben, das Wahlrecht der deutschen Län-
der in 16 Einzelkapiteln dargestellt. (lo)
- P 5161639** **Patzelt, Werner J.: Parlamentarismusforschung : Einführung /** Werner J. Patzelt. - 1.
Auflage. - Baden-Baden : Nomos, 2020. - 597 Seiten
- Das Lehrbuch führt in die deutsche Grundlagen- sowie angewandte Forschung zum Par-
lamentarismus ein. (lo)
- M 5112929** **Wahlmann, Kathrin: Mutterschutz und Elternzeit für Abgeordnete /** von Kathrin Wahl-
P 5161641 mann. - Berlin : Duncker & Humblot, [2020]. - 437 Seiten. - (Beiträge zum Parlaments-
recht ; Band 81)
Dissertation, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, 2020
- Die Autorin befasst sich in ihrer Dissertation mit der bislang juristisch weitgehend unge-
klärten Frage des Mutterschutzes und der Elternzeit für Abgeordnete in Bund und Län-
dern. Sie zeigt auf, dass einschlägige Bestimmungen nur in einzelnen Parlamenten be-
stehen, es aus grundrechtlichen Erwägungen heraus jedoch geboten erscheine, entspre-
chende Regelungen einzuführen. Nach der Darstellung von verfassungsrechtlich zulässi-
gen sowie parlamentsrechtlich sinnvollen Regelungsoptionen stellt die Autorin einen
eigenen Reformvorschlag vor. (lo)